

PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 26.07.2012

Hermann Winkler: Reform des Emissionshandels darf sächsische Wirtschaft nicht stärker belasten

Den heute vorgestellten Vorschlag der EU-Kommission zur Überarbeitung der Richtlinie zum Emissionshandel kritisierte der Europaabgeordnete Hermann Winkler und warnte vor Wettbewerbsverzerrungen, etwa für sächsische Braunkohlekraftwerke.

Um Investitionen in klimafreundliche Technologien zu begünstigen, soll sich laut dem Vorstoß der Kommission der Preis der Zertifikate, die zum Ausstoß einer bestimmten Menge CO₂ berechtigen, deutlich erhöhen.

"Eine künstliche Preisveränderung durch die Verknappung der Zertifikate belastet die 90 emissionshandlungspflichtigen Anlagen in Sachsen zusätzlich. Ich warne vor derartigen politisch motivierten Eingriffen. Gerade für die Braunkohlekraftwerke in Sachsen würden durch die Verknappung zusätzliche Wettbewerbsnachteile entstehen und die Wirtschaftlichkeit von Investitionen in moderne Technologien zur Braunkohleverstromung beeinträchtigt. Wir müssen aufpassen, dass die Belastungen für die Kraftwerksbetreiber nicht ansteigen, denn diese hätten Auswirkungen auf die Stromerzeugungsmenge, Wirtschaftlichkeit und Arbeitnehmer." sagte Hermann Winkler.

Hintergrund:

Teil des Vorschlags der Kommission ist unter anderem das sogenannte "Back-Loading" von Zertifikaten, um auf den sehr niedrigen CO₂-Preis zu reagieren. Dieser liegt mittlerweile seit fast einem Jahr kontinuierlich bei unter zehn Euro, obwohl man bei Verabschiedung der Richtlinie 2005 von einem Preis um 30 Euro ausging. Der Grund für den niedrigen Preis ist eine zu große kostenlose Zuteilung in der laufenden Periode und die Wirtschaftskrise von 2009.